

Alexander W. Charlamenko

## Eine neue Weltunordnung?

Eine neue? Welt?- Ordnung? In der Tat: Den Grad der Problemgeladenheit adäquat auszudrücken, ist nicht einmal die spanische Orthographie mit ihren Fragezeichen an Anfang und Ende in der Lage. Tatsächlich setzt Ordnung ein gewisses Maß an Stabilität, Langfristigkeit und Fähigkeit zur evolutionären Lösung von Widersprüchen voraus. Genau so stellten sich viele das reale oder potentielle Ergebnis der Beendigung des "kalten Krieges" vor. Was ist aus diesen Hoffnungen geworden? Anstelle des gelobten Landes tat sich vor den Augen der überraschten Pilger eine Tera Incognita auf, erschüttert von seismischen Stößen und bedeckt von Vulkanasche.

Die erste, ganz oberflächliche Quelle dieser Unbestimmtheit hängt mit dem Schicksal des Systems internationaler Beziehungen zusammen, das Europa im Verlaufe von vierzig Jahren eine relative "Ordnung" - die Abwesenheit kriegerischer Konflikte - gesichert hatte. Dieses System war mit der Anerkennung der Grenzen verbunden, die nach dem Sieg der Antihitlerkoalition im zweiten Weltkrieg entstanden waren. Viele hatten erwartet, daß das Ende des "kalten Krieges" zwischen den ehemaligen Verbündeten nicht nur die 1975 in Helsinki verkündeten Prinzipien festigen, sondern dieser internationalen Ordnung auch eine neue Grundlage (Partnerschaft anstelle des Gleichgewichts des Schreckens) geben und sie auf die Lösung aller globalen und regionalen Probleme festlegen würde.

Was aber steht der Welt jetzt bevor, da vom Baltikum bis zur Adriaküste eine Kettenreaktion des Zerfalls von Vielvölkerstaaten im Gange ist? Jene seinerzeit erfolgte Wahl des Koordinators der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, bei der wegen der Instabilität in Nicaragua Jugoslawien der Vorrang gegeben wurde, nimmt sich heute wie ein Beispiel schwarzen Humors aus. Der Balkan wiederersteht in seiner traditionellen, doch fast vergessenen Rolle als Pulverfaß Europas. Die ausländischen Lobbyisten und Sponsoren des Separatismus verfolgen unauffällig ihre Interes-

sen mit aller Konsequenz, so wie das offizielle Tokio die Rückgabe der "nördlichen Territorien" fordert, oder wie die Verfechter der Abtrennung Eritreas von Äthiopien ihren Sieg feiern. Und all das ereignet sich nicht im 19. Jahrhundert, im Geltungsbereich des Nationalitätenprinzips, sondern in unseren Tagen, in einer Zeit der zwischenstaatlichen Integration, der Erklärungen der wechselseitigen Abhängigkeit der Welt, unmittelbar nach der überaus professionell organisierten Polizeiaktion gegen den "irakischen Störenfried".

Wer hätte gedacht, daß der Donner des Krieges über Serbien, Irak und Äthiopien zum dritten Mal (nach 1914 und 1941) der Verwicklung des größten Landes der Welt in den politischen Kataklismus nur um wenige Monate zuvorkommen würde. Die Tragödie vom August 1991 hat herbeigeführt, was in der Vergangenheit weder weltweite noch Bürgerkriege erreichen konnten: Die Verwandlung einer Weltmacht in eine bestenfalls konföderative Staatengemeinschaft.

Dadurch kam eine zweite Quelle weltweiter Instabilität zum Vorschein. Auf dem Sterbebett lag ein Staat, der jahrhundertlang, unter allen Systemen und Regimes, ob schlecht oder recht, einer der wichtigsten Stützpfiler jeglicher realer europäischer und Welt-"Ordnung" war. Die lauten Feiern anlässlich des "Zusammenbruchs eines Imperiums" sind bestenfalls eine Reaktion auf die Unkosten dieser internationalen Rolle des Staates, die seine Völker trugen und mit eigenem Schweiß und Blut bezahlten. Emotionen können nichts daran ändern, daß die internationalen Auswirkungen des Zerfalls prinzipiell von denen des Zusammenbruchs früherer kolonialer Imperien verschieden sind. Letztere wiesen Wesenszüge auf, die weder dem russischen Imperium, noch der UdSSR eigen waren.

Im zaristischen Rußland und in der Sowjetunion existierte nie eine genaue Grenze zwischen der Metropole und ihren Besitzungen - weder in geographischer, noch in sozialer Hinsicht. Vor wie nach der Revolution zog die werktätige Mehrheit

der "herrschenden Nation" keinerlei Nutzen aus der Ausbeutung. Ein solches Szenario erinnert nicht an die Kolonialmächte des Westens, sondern eher an die polyethnischen Staaten des modernen Asiens und Afrikas. Ihnen ähnelt auch der Typ der sozial-ökonomischen Entwicklung der UdSSR. Er unterscheidet sich prinzipiell von dem der Metropolen. Von Bedeutung ist auch der geopolitische Umstand, daß die UdSSR auf dem Festland weitgehend an Kolonien und Halbkolonien grenzte. Geographie und Geschichte bedingen die Übereinstimmung unserer Interessen mit denen der Mehrheit der Menschen in der "dritten Welt".

Der Unterschied zu ihnen besteht darin, daß Rußland bereits im Verlaufe von Jahrhunderten in den Kreislauf des Weltkapitalismus einbezogen war: Und das nicht nur als Rohstofflieferant, das hat es mit der "dritten Welt" gemeinsam, sondern auch als unmittelbar Beteiligter am System internationaler Beziehungen zunächst europäischer, später dann weltweiter Dimension. Dieser Umstand hatte ausgesprochen großen Einfluß auf die Genesis des russischen zentralisierten Staates. Es entstand gewissermaßen ein Staat zweiter Ordnung: Einigen der einer Staatsmacht eigenen Funktionen kam er nicht nur auf seinem Territorium, sondern auch im System der internationalen Beziehungen nach.

Wie jeder Staat nicht ausschließlich auf Klassengewalt fußt, sondern politischer Ausdruck von Klassenkoalitionen und Kompromissen ist, und auf diese Weise die objektiv notwendige Lenkung allgemeiner Angelegenheiten verwirklicht, reduzierte sich auch Rußlands Rolle in internationalen Angelegenheiten niemals auf die Funktion des "Gendarms Europas". Rußland trug objektiv zur Lösung internationaler Widersprüche auf einem Wege bei, der für die evolutionäre Entwicklung des Weltkapitalismus am günstigsten war, indem es die für das Weltkapital gefährlichen Extreme, revolutionäre wie reaktionäre, aus der Welt schaffte.

Die auf den ersten Blick paradoxe Position des zaristischen Rußland, das sich gegen die Interventionen Europas im revolutionären Amerika und in einer Reihe von Ländern Asiens, aber auch gegen extreme Exzesse der französischen Restauration wandte, ergab sich gesetzmäßig aus seinem spezifischen Platz im System der internationalen Beziehungen. Die internationalen Funktionen des russischen Staates waren für die Ent-

wicklung des Kapitalismus als Weltsystem ebenso wichtig, wie die russischen Rohstofflieferungen. Das gewaltigste Paradox der vaterländischen Geschichte besteht darin, daß die militärisch-politische Großmacht zu einem in seiner Art einzigartigen organischen Bestandteil eines abhängigen Entwicklungstyps wurde, deren wichtigste Triebkräfte die Bedürfnisse und Interessen der herrschenden Klasse des kapitalistischen Weltsystems waren.

Da der Staat in Rußland, wie überall auf der Welt, das Volk zwang, die Außenpolitik zu finanzieren, wirkte sich der erwähnte Widerspruch auf den Charakter des sozialen Protestes der Unterwie auch eines Teils der Oberschichten gegen diesen Staat aus. Seinen inneren Quellen nach progressiv, mitunter sogar potentiell revolutionär, verbündete sich dieser Protest allzu häufig mit internationalen Tendenzen und Kräften durchaus nicht fortschrittlichen Charakters. Diese Zwierspältigkeit ist auch für die nationalen Bewegungen und das nationale Bewußtsein der Völker unseres Landes typisch. Für die Mehrheit von ihnen war die Existenz im Verbund eines Vielvölkerstaates, trotz all seiner Unkosten, dennoch ein Glück, oder wenigstens das kleinere Übel im Vergleich zu den schlimmsten Formen der Abhängigkeit, wenn nicht gar dem Genozid, der ihnen bei Zerfall dieses Staates droht.

Die zutiefst widersprüchliche Rolle der etatistischen Tendenz und der antietatistischen sozialen wie nationalen Bewegungen in der Entwicklung unseres Landes wird noch dadurch verstärkt, daß die widerstreitenden sozialen Kräfte schon seit sehr langer Zeit sich selbst, ihre Ziele und Möglichkeiten nach westeuropäischem Vorbild wahrzunehmen pflegen. Dies ist eine Folge jener Eingebundenheit des Landes als Großmacht in das System der Beziehungen zwischen den Metropolen.

Das erklärt auch die hartnäckigen Versuche, westeuropäische Präzedenzfälle der Lösung sozialer und nationaler Probleme zu imitieren, jenes hochnäsige Ignorieren der negativen Erfahrungen der "dritten Welt", die Unfähigkeit, aus ihnen Lehren zu ziehen.

Erst Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts ergaben sich für kurze Zeit objektive Bedingungen, die den hier beschriebenen "genetischen Code" des russischen Etatismus und Antietatismus neutralisieren. Damals waren in einer Reihe von europäischen Ländern die Voraussetzun-

gen für eine proletarische Revolution gegeben, für eine Revolution, die fähig war, die internationale Konstellation von Grund auf zu verändern. Jene Kräfte im russischen Imperium, die das soziale und nationale Protestpotential verkörperten, wurden zum Verbündeten der Revolutionäre. Andererseits näherte sich die internationale Rolle des russischen Staates zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vor allem aber in den Jahren des 1. Weltkrieges, immer mehr der Rolle des späteren, dem ausländischen Monopolkapital untergeordneten Subimperialismus an. Nur in dieser unikalien Situation konnten die Massen durch das zu einem Ganzen verschmolzene klassenmäßige und volkstümliche, patriotische und internationale Bewußtsein ergriffen werden, das die russische revolutionäre Tradition auszeichnet.

Doch der Sieg der Volksrevolution in Rußland, die das Banner des Sozialismus erhob und Hoffnung in die Herzen der Unterdrückten der ganzen Welt pflanzte, veranlaßte die herrschenden Klassen der Metropolen dazu, mittels Reformen einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Das Schwergewicht der gesellschaftlichen Widersprüche verlagerte sich in die Sphäre der Beziehungen zwischen den Metropolen und der abhängigen Peripherie, auf Kosten derer die "Arbeiteraristokratie" hochgepäppelt wurde. Noch Jahre nach der Oktoberrevolution bestand die Möglichkeit, ihre Ziele zu verwirklichen - eine grundlegende Veränderung der internationalen Verhältnisse zugunsten der ausgebeuteten Mehrheit der Menschheit - herbeizuführen. Die in der Revolution geborene Macht war lange Zeit gezwungen, in einem früher ungekannten, die eigenen Kräfte immer mehr übersteigenden Maße internationale, aus der geopolitischen Lage des Landes folgende Funktionen wahrzunehmen.

Die immense Bedeutung der internationalen Funktionen - von der Schlacht gegen den Faschismus bis zum Beistand im Kampf gegen den Kolonialismus, von der Hilfe für das belagerte Kuba und das besetzte Vietnam, bis zur gleichzeitigen Beteiligung an 10 - 15 regionalen Konflikten der achtziger Jahre - stellte eine, wenn nicht die Hauptursache dar, weshalb sich der Sozialismus nicht nach seinen eigenen Gesetzen entwickelte und entwickeln konnte. Die Notwendigkeit, aus dem Sozialetat gewaltige Mittel abzuzweigen, ist offensichtlich mit der Entwicklung von Demokratie, ganz zu schweigen von gesellschaftlicher Selbstverwaltung, unvereinbar. Der Widerspruch

zwischen den sozialen und den internationalen Funktionen des Staates schwächte stets und überall die Möglichkeit der gesellschaftlichen Kontrolle über die Tätigkeit der Machtorgane, stimulierte ihre Verselbständigung, erhöhte das Gewicht der repressiven Funktionen. Wenn dies für Ausbeuterstaaten von Vorteil ist, weil der Zwang im Verhältnis zu den Untersten und die Privilegien der regierenden Oberen in ihrer Natur selbst liegen, ist es um das Schicksal des revolutionären Prozesses, der die Ausbeutung prinzipiell ablehnt, anders bestellt. In bedeutendem Maße auf der Basis des genannten Widerspruches entstanden, kann die Revolution auch an ihm zerschellen, wenn die Konstellation der Klassenkräfte für seine Lösung ungünstig ist. Darin liegen m. E. die historischen Wurzeln der osteuropäischen Tragödie im 20. Jahrhundert.

Die Rolle, die der UdSSR bei der Veränderung der internationalen Beziehungen im Verlaufe der siebzig nachrevolutionären Jahre zukommt, ist nur schwerlich zu unterschätzen. Sie war Voraussetzung für tiefgreifende progressive Schritte, die die ganze Welt berührten, seien das die sozialen Erregenschaften der Werktätigen im Westen oder die Selbstbestimmung hunderter von Völkern der "dritten Welt".

Zu Beginn der letzten Runde der Opposition des Ostens und Südens gegen die Hegemonie des Westens (60er - 80er Jahre) war die Bindung des sozialistischen Staates an seine soziale Ausgangsbasis bereits gerissen. Den Dimensionen der Militarisierung der Wirtschaft und der militärischen Verwüstung nach stand der "kalte Krieg" den weltweiten Konflikten in nichts nach. Die Aufzehrung aller Ressourcen und Möglichkeiten, die noch, wie das immer passiert, durch sozialen Egoismus und politische Fehlentscheidung verschärft wurde - das ist die wichtigste unmittelbare Ursache der Krise in der UdSSR. Eine historische Parallele hierzu gibt es nicht.

Es ist schwer zu glauben, aber die ersten Etappen dieser Katastrophe weckten im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden Hoffnungen auf ein goldenes Zeitalter "historischer Kompromisse", das die Lösung aller gesellschaftlichen Widersprüche - auch der zwischen den genannten Regionen - bringen würde. Viele glaubten ernsthaft, daß am Grab des Totalitarismus und Autoritarismus gewissermaßen über Nacht die hundert Blüten der pluralistischen Demokratie, vor allem aber die in den Farben des Zentrismus er-

blühen würden. Große Hoffnungen setzte man auf die Sozialdemokratie und die Konvergenztheorie.

Solche Erwartungen waren nicht nur der Gewohnheit geschuldet, auf Besseres zu hoffen, sie wurzelten auch in der Erfahrung der 50er und 70er Jahre, daß die Versuche eines Kompromisses zwischen dem Osten und dem Westen die Positionen der zentristischen Kräfte in den meisten Regionen der Welt stärkten. In der Periode der Entspannung der 70er Jahre wuchs der Einfluß der Sozialdemokratie in Westeuropa. Auch in der "dritten Welt" nahm ihre Anziehungskraft zu. In Lateinamerika war dies vor allem in den erdölfördernden Ländern der Fall. Die anderen Staaten dieser Region durchlebten gerade in den 70er Jahren den Höhepunkt der Auseinandersetzung von Revolution und Konterrevolution. Umso stärker erwies sich hier in der Folge der Zentrismus, dessen Beginn mit dem Ende des "kalten Krieges" zusammenfiel.

Der schnelle Übergang zu repräsentativ-konstitutionellen Formen der Machtausübung in den meisten Staaten der Region nährte die Hoffnung, daß zusammen mit dem "kalten Krieg" auch das Syndrom des "großen Knüppels" in den Nord-Süd-Beziehungen begraben werden könne. Das Streben der Entwicklungsländer nach Wohlstand und Gerechtigkeit ist eine notwendige Bedingung für die Erhaltung des Friedens auf der ganzen Welt, hob R. Alfonsin in einem in der Zeitschrift "Latinskaja Amerika" (Heft 8, 1991) veröffentlichten Artikel hervor. Das ist die Position eines Politikers, der zusammen mit M. de la Madrid, O. Palme, R. Gandhi, D. Neyreire und A. Papandreu die "Gruppe der sechs" bildete, die solche Vorstellungen von der neuen Weltordnung vertrat. Das traurige Schicksal der meisten Mitglieder dieser Gruppe zeugt jedoch davon, daß die Entwicklung in der Welt nicht zu Gunsten des Zentrismus verläuft.

Die reformistischen Strömungen und Regimes, die das Zentrum des politischen Spektrums verkörpern, haben sich in jenem geopolitischen Koordinatensystem entfaltet, welches sich vor 70 bzw. 45 Jahren herausgebildet hatte und durch den Kompromiß zwischen zwei Systemen bei Beibehaltung ihres Antagonismus gekennzeichnet war. Das Idealmodell der internationalen Beziehungen dieses Typs war die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bei gegenseitiger Nichteinmi-

schung in die inneren Angelegenheiten. Namentlich dieses Koordinatensystem fand seinen mehr oder weniger adäquaten Ausdruck im Statut der UNO. Das Gleichgewicht seiner Pole, der Zustand des Stellungskrieges begünstigte die Zentristen.

Die Änderung des Koordinatensystems stellte eine Gefahr für den Zentrismus dar. In der bisherigen Form konnte er nicht überleben. Die Festungen der Sozialdemokratie in Skandinavien und Österreich, die "Ostpolitik" der bundesdeutschen Sozialdemokraten, die nationalreformistischen Regimes in Indien und in den arabischen Staaten - sie alle verkörperten die "Grenz"-Lage des Zentrismus in einer bipolaren Welt. Die Explosion eines der Pole brachte die Festungen zum Einsturz. Prophezeiungen, der Zentrismus würde sich innerhalb der Pole selbst entwickeln, bestätigten sich nicht.

Das wurde besonders im Sommer 1991 deutlich. Entgegen dem Wunsch seiner europäischen Verbündeten ließ Washington dem zentristischen Kurs der Perestroika in der UdSSR keinerlei wesentliche Unterstützung zuteil werden. Ein solcher Gang der Ereignisse erklärt sich nicht allein aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA, kann nicht nur auf das Streben der Ideologen des Neokonservatismus nach dem totalen Sieg zurückgeführt werden. Je tiefer die Krise, desto höher die Ausgaben, um aus ihr herauszukommen. Nüchterne politische Berechnung hätte Washington eigentlich die ganze Gefährlichkeit des Einsturzes einer der tragenden Säulen des Systems internationaler Beziehungen vor Augen führen müssen.

Offenbar bestand das Problem darin, daß die moderne Welt mitnichten das Ende der Geschichte erreicht hat, wie es Professoren vom Schlage Fukuyamas behaupten, sondern Widersprüche in sich birgt, die jegliche Kompromißvariante, die nicht die völlige Zerstörung der sozial-politischen Ordnung in der UdSSR vorsah, für Washington unannehmbar machte.

Zum einen entspricht die militär-politische Rolle der USA in der kapitalistischen Welt schon längst nicht mehr ihrem ökonomischen Gewicht. Nur die Bedingungen des "kalten Krieges" konnten die traditionelle politische Subordination sichern. Zum Sommer 1991 hin machte sich in Westeuropa eindeutig der Unmut über die Expansion der USA und Japans breit, der sich z. B. in der Politik der Regierung der Sozialisten Frankreichs äußerte. Die Versuche, die UdSSR auf

reformistischem Wege im Rahmen des europäischen Hauses aus der Krise zu führen, die rasche Annäherung einer Reihe von Regierungsparteien Osteuropas an die Sozialdemokratie, selbst die Erhaltung eines großen föderativen Staates hätten das Gewicht eines sich integrierenden Europas beachtlich vergrößert.

Zum anderen hat die Einstellung des "kalten Krieges" nicht den Widerspruch zwischen den Metropolen und der abhängigen Peripherie der kapitalistischen Welt beseitigt. Eine ernsthafte materielle Unterstützung der reformistischen Umorientierung des Ostens durch den Westen hätte ein weiteres Engerschnallen des Gürtels im Süden erfordert, im Süden, der ohnehin vor nicht allzu langer Zeit schon die Bürde des Kampfes gegen das "Reich des Bösen" trug. In der angespannten sozialen Atmosphäre der "dritten Welt" kam der Sozialdemokratie nicht die Rolle des Blitzableiters, wie einst in Europa zu, sondern sie kanalisierte die Eruption der wachsenden Unzufriedenheit. Eine solche Tendenz zeichnete sich bereits ab, und zwar nicht in irgendwelchen finsternen Ecken, sondern in den Subzentren des Kapitalismus im Süden, die in erster Linie für die USA lebenswichtig sind. In Mexico, Brasilien, El Salvador und in Südafrika verstärkte sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Aktivität der Linkskräfte. Es kamen linkszentristische Koalitionen zustande, in denen Sozialdemokraten und Radikale Linke als Verbündete auftraten. Unter diesen Bedingungen mit Losungen wie demokratischer Sozialismus zu liebäugeln, und diese darüber hinaus noch materiell zu unterstützen, wurde zu einer Gefahr für die Grundinteressen des transnationalen Kapitals, ganz zu schweigen von den unmittelbaren Interessen der regierenden Kreise in den USA. Und das umso mehr, als neben den sozial-politischen Krisen in einzelnen Ländern die "dritte Welt" auf der Suche nach neuen geopolitischen Orientierungen war, wobei Washington auch in diesem Falle über die Rolle der Sozialdemokratie sicherlich nicht begeistert war. Bezeichnend sind z. B. die Ergebnisse des Ibero-Lateinamerikanischen Treffens im Juli 1991 in Guadalajara, auf dem niemand den Wunsch äußerte, die antikubanische Kampagne Onkel Sams zu unterstützen.

Drittens entstand am Schnittpunkt der Beziehungen zwischen den Metropolen selbst sowie zwischen den Metropolen und der "dritten Welt" ein neuer Widerspruchskomplex, der mit der wach-

senden Rolle der Pazifik-Region für die Weltentwicklung zusammenhängt. Heute sind unter den ersten zehn führenden Banken der Welt fast ausnahmslos japanische Namen zu finden, vor zehn Jahren war kein einziger darunter. Nicht weniger bezeichnend ist der Kontrast zwischen den Ergebnissen der Modernisierung in China und der Lage in Osteuropa.

Offenbar gelangten die im Verlauf einiger Jahrhunderte akkumulierten, grundlegenden Widersprüche der Weltentwicklung vor unseren Augen an einen kritischen Punkt. Seit ihrer Entstehung war die kapitalistische Formation einerseits ein Weltsystem, untrennbar verbunden durch die internationale Arbeitsteilung im Weltmaßstab. Andererseits erwies sich dieses System als um ein lokales Zentrum gruppiertes System - das nordatlantische, das westeuropäisch-nordamerikanische (in welchem einst zum ersten Mal die sozialen Voraussetzungen der bürgerlichen Ordnung herangereift waren). Die westeuropäische Expansion versetzte nicht nur die Mehrheit der Menschheit in Abhängigkeit, das liegt in der Natur der Formation selbst, sondern unterdrückte auch andere potentielle Zentren der kapitalistischen Entwicklung. Letzteres läßt sich nicht mehr aus den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung ableiten.

Die Tatsache, daß der eurozentristische Weg einen historischen Zufall darstellt, hat Japan anschaulich bewiesen, welches zum Ende des 19. Jahrhunderts zum Keim eines zweiten - des pazifischen - Metropolzentrums wurde.

Nichtsdestoweniger bleibt der Atlantismus - die erweiterte und ergänzte Auflage des Eurozentrismus - ein Eckpfeiler der antikommunistischen Konzeptionen, die nur ein Kriterium der Zivilisiertheit anerkennen: die Übereinstimmung mit dem "westlichen" Modell der "normalen", "natürlichen" Entwicklung der Gesellschaft. Unterdessen hat das fortschrittliche gesellschaftliche Denken schon lange verstanden, daß sich die Entwicklung der Menschheit nicht in das Prokrustesbett dieser "Norm" zwängen läßt, und daß es notwendig ist, sie früher oder später zu sprengen. Schon A. Herzen, einer der ersten russischen Sozialisten, hat vor mehr als hundert Jahren die Verlagerung des Schwerpunkts der Weltwirtschaft und Politik zum Pazifik - dem Mittelmeer der Zukunft - vorgesehen.

Dieser Prozeß hängt - wie jeder grundlegende historische Wandel - mit der Intensivierung der

internationalen Kommunikation zusammen und birgt widersprüchliche Tendenzen in sich. Es ist erstens die Perspektive eines Wiederauflebens des Kapitalismus, die Mobilisierung der mit dem Hervortreten eines neuen Metropolzentrums verbundenen Reserven ohne eine qualitative Veränderung des Typs der Beziehungen zwischen der Metropole und der Peripherie. Diese Variante bedeutet die Herauslösung einer Reihe von Ländern der Pazifikregion aus dem Massiv der "dritten Welt" und ihre Integration in die "erste Welt". Die zweite Tendenz besteht darin, daß sich einige dieser Länder in die Entfaltung der intensiven Produktion der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution auf ihre Weise eingeschaltet haben: Nämlich auf der Basis der sozial-historischen Besonderheiten und internationalen Beziehungen, die sie mit der "dritten Welt" verbinden. Ein solcher Weg erlaubt es ihnen, die Rolle einer Trägerrakete zu spielen, die in der Lage wäre, die internationalen Beziehungen auf ein neues Niveau zu heben, welches die Teilung der Welt in Metropolen und eine abhängige Peripherie von vornherein ausschließt.

Die erste Tendenz dominierte in den 80er Jahren und widerspiegelte sich im sprunghaften Anstieg des japanischen Kapitalexportes, in der "Kalifornisierung" der USA, im Phänomen der "vier ostasiatischen Drachen". Die ostasiatischen gesellschaftlichen Traditionen spielten eine große Rolle in der Einschränkung der Ansprüche der Arbeiterbewegung nicht nur in lokaler, sondern auch globaler Hinsicht, was die Anpassung des Kapitalismus an das neue Niveau des wissenschaftlich-technischen Fortschritts begünstigte. Am anderen Ufer des "Mittelmeeres der Zukunft" begannen sich ebenfalls neue Subzentren der kapitalistischen Entwicklung herauszubilden: das auf neokonservative Weise modernisierte und mit der nordamerikanischen Integration verbundene Mexico, das noch unter Pinochet modernisierte Chile. Bezeichnend ist, daß beide vor kurzem ein Freihandelsabkommen unterzeichneten.

Doch seit Ende der 80er Jahre scheinen sich im Pazifikraum auch andersartige Prozesse zu entfalten. Während man im Westen den Sieg über den "Totalitarismus in Osteuropa" feiert, haben China und Vietnam in aller Stille Kurs auf die sozialistische Modernisierung genommen. Ihre Merkmale sind Förderung einer Mehrsektorenwirtschaft, Einbeziehung von Auslandskapital bei Gewährleistung der Dominanz des staatlichen

Sektors. Die Ironie der Geschichte wollte es so, daß dieser Kurs, der in vielem an die sowjetische Neue Ökonomische Politik der 20er Jahre erinnert, anfängliche Erfolge erzielte. Zum Teil waren diese Erfolge der Hilfe geschuldet, die die westliche Welt China in den Jahren des insbesondere gegen die Sowjetunion gerichteten "kalten Krieges" gewährte. Sein Ende trug zur Entfaltung vielseitiger Beziehungen zwischen den zwei größten Ländern Eurasiens und zur Beilegung eines der langlebigsten Konflikte, dem Chinas mit Vietnam und Indien, bei. Andererseits wehrte China 1989 den Versuch der Änderung der Gesellschaftsordnung ab. Zugleich scheiterten jedoch die Bestrebungen einiger westlicher Kreise, ein Fünftel der Menschheit zu boykottieren. Es hat den Anschein, daß sich die frühsozialistische Entwicklungsetappe in China und in einigen anderen Ländern auf eben jene Traditionen stützt, die bei ihren Nachbarn in Asien zu einem Reservoir des Kapitalismus wurden.

Es ist möglich, daß sich im Osten Asiens ein neuer, für die Länder der "dritten Welt" durchaus attraktiver Pol der internationalen Beziehungen entwickelt. Davon zeugt insbesondere auch die rasche Entwicklung der kubanisch-chinesischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet bei eindeutigem Bekenntnis beider Seiten, den sozialistischen Entwicklungsweg beizubehalten.

Der Kampf der beiden entgegengesetzten Tendenzen, die mit dem asiatisch-pazifischen Vektor der Weltentwicklung verbunden sind, wird in vielerlei Hinsicht den Gang der Ereignisse in den nächsten Jahrzehnten bestimmen. Und das nicht nur in der "dritten Welt". Voraussagen über die internationale Entwicklung sind heute schwer zu treffen. Eines ist jedoch klar: Die Grundinteressen Rußlands wie auch der Länder Lateinamerikas können nur auf dem Wege einer solchen Krisenlösung garantiert werden, die nicht dem sozialen Fortschritt der außerhalb der Metropolen lebenden Mehrheit der Weltbevölkerung entgegensteht. Man kann R. Alfonsin zustimmen, der in dem bereits erwähnten Artikel schrieb, daß die Alternative zur Logik des "kalten Krieges" entweder die Schaffung einer gerechten und friedlichen Rechtsordnung, oder die permanente Spannung mit der Gewalt als Stütze und vor allem der Zustand der Instabilität ist.

Aus dem Russischen von  
Gudrun Havemann